

1 A I: Gesetzliche Arbeitszeitregelungen zum Schutz der Arbeitneh- 2 mer*innen entschieden verteidigen!

3

4 Antragsteller: Juso-Stadtverband Coburg

5 Weiterleitung an: Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress; SPD Bezirksparteitag, SPD

6 Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

7 Immer wieder kommt es vor, dass Arbeitgebervertreter und Unternehmensverbände massiv
8 Kritik am deutschen Arbeitszeitgesetz äußern. Zu unflexibel, zu altmodisch, nicht auf die glo-
9 balisierte Arbeitswelt abgestimmt sind hier noch die moderatesten Verunglimpfungen.

10 Dabei wird von Arbeitgeber*innen verkannt, dass das deutsche Arbeitszeitgesetz Flexibilität
11 durch Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen ermöglicht. Aber gerade das scheint
12 offensichtlich in Zeiten von Tarifflicht, Betriebsratsfressern, Union Busting etc. nicht im Inte-
13 resse aller Arbeitgeber*innen zu sein.

14 Diesen Angriffen auf das Arbeitszeitgesetz mit dem Ziel hin zu einer 24-Stunden-Verfügbarkeit
15 von Arbeitnehmer*innen gilt es entschieden entgegen zu treten, denn das Arbeitszeitgesetz
16 dient in erster Linie dem der Sicherheit und dem Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer*innen
17 und nicht unternehmerischen Interessen.

18 Aus unserer Sicht ist es vielmehr dringend notwendig den permanenten Verfügbarkeitsdruck,
19 der auf vielen Arbeitnehmer*innen lastet, zu minimieren und nicht etwa bestehende Grund-
20 sätze eines bewährten Arbeitszeitgesetzes aufzuweichen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Fa-
21 milie ist eines der zentralen Aufgabenfelder der Zukunft und die Möglichkeit für Unterneh-
22 mer*innen sich attraktiv für gut ausgebildete junge Menschen, die zunehmend auf eine aus-
23 geglichene Work-Life-Balance Wert legen, aufzustellen

24 Wir begrüßen daher ausdrücklich die guten Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages im Dezem-
25 ber 2015 auf diesem Politikfeld. Allerdings enthalten die Beschlüsse nach unserer Lesart auch
26 (ungewollt?) Passagen, insbesondere in den Ausführungen zu einem „neuen Flexibilitätskom-
27 promiss“ und der Definition eines neuen „Normalarbeitsverhältnisses“, die Gefahren für be-
28 stehende Arbeitszeitregelungen bedeuten können. Auch wurde ein klares Bekenntnis zur ge-
29 setzlichen Festlegung des Acht-Stunden-Tages und einer Höchstarbeitszeit erst durch eine Er-
30 gänzung der Antragskommission in den Antragstext des Beschluss Nr. 17 „Die Arbeitswelt
31 der Zukunft gestalten - Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Arbeitspolitik“ aufge-
32 nommen.

- 33** Wir fordern daher, das deutsche Arbeitszeitgesetz entschieden gegen Angriffe
von Arbeit-
- 34** gebervertreter*innen und Unternehmensverbänden zu verteidigen, eine
Aufweichung be-
- 35** stehender Regelungen abzulehnen sowie für eine gesetzlich auf acht Stunden pro
Tag be-
- 36** schränkte Arbeitszeit einzutreten!